

Dringliche Anfrage

Hannover, den 20.04.2020

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wie will die Landesregierung soziale Härten ausgleichen, damit die Coronakrise keine dauerhafte soziale Krise wird?

Auch Niedersachsen ist von der COVID-19-Pandemie betroffen. Die Coronakrise betrifft alle Bevölkerungsgruppen - manche deutlich härter als andere. So sind die Folgen für Arme, Bedürftige und Menschen in Notlagen besonders schwer. Ohnehin gefährdete Gruppen wie etwa Kranke, Alte, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose, Geflüchtete oder Kinder und auch viele Frauen sind jetzt nach Medienberichten noch stärker bedroht.

In Niedersachsen waren bis Ostern bereits Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in über 53 000 Betrieben in Kurzarbeit. Unternehmen, Selbstständige und Freiberuflerinnen und Freiberufler sowie Kulturschaffende bangen um ihre Existenz. Darüber hinaus haben vor allem geringfügig Beschäftigte, darunter viele Studierende, ihre Jobs verloren und keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Ebenso sind viele Ausbildungsplätze in Gefahr. Der Shutdown trifft weite Teile der sozialen Infrastruktur und der Unterstützungs- und Beratungsangebote. Viele Tafeln mussten schließen, Leistungen für Kinder nach dem Bildungs- und Teilhabepaket entfallen, vorneweg die kostenlose Mittagsverpflegung. Anlaufstellen haben geschlossen, telefonische und Online-Alternativen erreichen Teile der Zielgruppen nicht.

Die Situation trifft viele Familien mit Kindern. Die Betreuungsangebote für die Kinder wurden ausgesetzt und die Notbetreuung nur begrenzt geöffnet. Home-Office, Home-Schooling und Betreuung jüngerer Kinder ist von vielen Familien und vor allem von Alleinerziehenden nach Angaben Betroffener kaum zu leisten. Für Kinder aus bildungsfernen Familien wird der Bildungszugang demzufolge noch schwerer.

Kinder leiden unter den Kontakteinschränkungen besonders. Sie vermissen Großeltern und Freundinnen und Freunde und erleben die Sorgen der Eltern um Arbeitsplatz und vor Armut. Der Kontakt zu Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern, der Unterstützung, Schutz und emotionale Zuwendung gewährleistet, ist weggefallen. Spiel- und Sportplätze, Gemeinschaftszentren und Jugendeinrichtungen sind geschlossen. Für Menschen mit Behinderungen, die zu Hause leben, ist die Betreuungsstruktur eingestellt. Eltern oder private Betreuerinnen und Betreuer fühlen sich häufig überfordert.

Nach jahrelangem Einsatz für Gleichstellung, das Recht auf Berufstätigkeit, gleiche Bezahlung und faire Teilung von Haushaltsarbeit, Kindererziehung und Betreuungsaufgaben werden Frauen jetzt wieder häufiger mit der Situation konfrontiert, klassische alte Rollenmuster einnehmen zu müssen oder zu sollen. Und es sind vor allem Frauen, die die schlechter bezahlten, aber „systemrelevanten“ Berufe ausüben. Während der psychische Druck auf Frauen steigt, drohen patriarchale Strukturen sich zu verfestigen. Zudem befürchten Fachstellen eine erhebliche Zunahme häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder - und auch gegen Alte.

Einnahmemöglichkeiten für Wohnungslose fallen weg. In Gemeinschaftsunterkünften wächst die Infektionsgefahr. Davon sind auch viele Geflüchtete betroffen. Sie sind wegen der sprachlichen Hürden schlechter informiert, Beratungs- und Unterstützungsangebote sind reduziert. Prekär ist die Versorgung von Menschen ohne Papiere und ohne Krankenversicherung.

Es ist Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass getroffene Entscheidungen und Maßnahmen nicht nur epidemiologisch begründbar, sondern in ihren Auswirkungen auch sozial gerecht und fair sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung verhindern, dass die soziale Ungleichheit wächst und sich die Lage gefährdeter Bevölkerungsgruppen wie Kranker, Alter, Menschen mit Behinderungen, Wohnungsloser, Geflüchteter, Kinder oder Frauen verschlechtert?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um dem Bedarf von Kindern und ihren Familien nach finanzieller Unterstützung, nach altersgemäßer Betreuung und nach Bewegung und Spiel nachzukommen?
3. Wie will die Landesregierung in der Krise die Lage von Frauen verbessern, um sie vor Gewalt zu schützen, ihre Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und sie bei der fairen Verteilung von Hausarbeit und Betreuungsaufgaben zu unterstützen?

Helge Limburg

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 20.04.2020)